

Rostock, 19.Juni 2023

Pressemitteilung

Weltflüchtlingstag 2023: Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern fordert verstärkten Schutz und Solidarität für Frauen und Mädchen auf der Flucht

Der Weltflüchtlingstag am 20. Juni erinnert an die Millionen von Menschen weltweit, die vor Konflikten, Verfolgung, Armut und Hoffnungslosigkeit fliehen müssen. Er macht auch darauf aufmerksam, dass alle Menschen das Recht auf Schutz haben, egal woher sie kommen und warum sie gezwungen sind, zu fliehen. Denn Sicherheit zu suchen, ist ein Menschenrecht.

Laut UNHCR sind die Hälfte aller weltweit Geflüchteten Frauen und Mädchen. Für sie sind Flucht und Vertreibung häufig mit geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt, Ausbeutung und Diskriminierung verbunden. Daher brauchen sie einen besonderen Schutz und spezifische Unterstützungsmaßnahmen.

Auch in diesem Zusammenhang ist die nun im Rat der EU erzielte Einigung zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) mit Sorge zu betrachten. Ein abgestimmtes europäisches Vorgehen im Umgang mit Geflüchteten ist durchaus wichtig und begrüßenswert. Dieses darf aber nicht dazu führen, dass das Menschenrecht auf Schutz und Sicherheit untergraben wird. Menschen an den EU-Außengrenzen unter haftähnlichen Bedingungen festzuhalten, heißt auch, den Schutz von geflüchteten Frauen und Mädchen noch stärker zu vernachlässigen.

„Frauen und Kinder sind in Gemeinschaftsunterkünften immer einem erhöhten Gewaltrisiko ausgesetzt. Das gilt an Außengrenzen ebenso wie in den Sammelunterkünften in Mecklenburg-Vorpommern“ sagt die LFR Vorsitzende Ulrike Bartel. „Wir appellieren am heutigen Weltflüchtlingstag an die Landesregierung, sich noch stärker für die Rechte und den Schutz von geflüchteten Frauen und Mädchen einzusetzen. Die vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention im Land wäre ein wesentlicher Schritt dafür.“

Die Istanbul-Konvention verlangt unter anderem die Bereitstellung sicherer Unterkünfte und geschützter Räume, die speziell auf die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen zugeschnitten sind. Außerdem werden der uneingeschränkte Zugang zu medizinischer Versorgung, einschließlich reproduktiver Gesundheitsdienste sowie psychologischer Betreuung und Beratung gefordert. Um den geflüchteten Frauen und Mädchen eine selbstbestimmte Zukunft zu ermöglichen, müssen zudem Bildungsmöglichkeiten und die berufliche Integration besonders gefördert werden.

Weitere Informationen über den Landesfrauenrat M-V und seine Aktivitäten finden Sie auf unserer Webseite unter <https://landesfrauenrat-mv.de/> oder auf unseren Social-Media-Kanälen.

Für weitere Informationen:
Monique Tannhäuser
Telefon 0381-490 24-42
tannhaeuser@landesfrauenrat-mv.de